Die Bünger-Justiz vor dem Landtage

Zeigner wird amnestiert — Klassenkämpfer bleiben im Zuchthaus — Kapitulation der „Linken"

Sitzung vom 7. Juli

Zeigner wird freigelassen — Klassenkämpfer bleiben im Zuchthaus

Der Beginn der Sitzung steht noch im Zeichen der Auseinandersetzung der feindlichen Brüder im sozialdemokratischen Lager. Die Verständigung über die Auflösung des Landtages ist noch nicht getroffen. Das zeigt sich bei der einsetzenden Geschäftsordnungsdebatte. Das Präsidium schlägt vor, zu den schon vorhandenen 24 Tagesordnungspunkten noch 8 weitere zur Beratung zu stellen. Die kommunistische Landtagsfraktion verlangt den Auflösungsantrag, der vom Präsidium als letzter vorgeschlagen wird, als ersten Punkt auf die Tagesordnung zu stellen. Gegen diesen Vorschlag wenden sich sämtliche Parteien. Von den Sozialdemokraten sowohl Rechte wie Linke. Die Parteien stimmen geschlossen gegen diesen Antrag. Während dem Verlauf der weiteren Tagung finden ununterbrochen Sitzungen der Sozialdemokraten statt, so daß das Haus fast vollständig leer ist.

Ohne Debatte werden eine Anzahl Etatkapitel, so über Arbeitswesen, Handel und Gewerbe und noch einige andere, angenommen.

Bei der Beratung des Wohlfahrtsetat-Kapitels lehnen sämtliche Parteien die kommunistischen Anträge auf Einsetzung von 2½ Millionen Mark für Kinderspeisung und 2 Millionen Mark zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten ab. Dagegen werden mit den Stimmen der Sozialdemokraten für die Deutsche Turnerschaft 60 000 Mark bewilligt.

Genosse Renner begründet den Antrag auf

Amtsenthebung des Polizeipräsidenten Kühn

Er erklärt: Auf Veranlassung des Polizeipräsidenten wurde am 26. v. Mts. im Landtagsgebäude, in Privaträumen von Abgeordneten gehaust. Das Vorgehen der Polizeibeamten, die Schränke und Papiere durchsahen, ist ein Verstoß gegen die Verfassung und die Strafprozeßordnung. Der sozialdemokratische Minister und der Polizeipräsident unternehmen diese ständige Hetze gegen die Kommunisten, um bei ihren Auftraggebern gut angeschrieben zu sein. Die Sozialdemokraten zeigen sich immer mehr als die Hauptknechte der Reaktion.

Der Sozialdemokrat Franz erstattet dann den Bericht zum Polizeietat.

Genosse Siewert spricht zum Polizeietat. Der militärische Charakter der Polizei beweist, daß ihre Rolle nichts mit Sicherheitsdienst zu tun hat. Die Militarisierungsbestrebungen zeigen deutlich, daß es sich hier um Militär handelt. Der Drill findet ja schärfsten Widerspruch gerade seitens der Polizeibeamten. Auf dem Verbandstag haben sich die Beamten entschieden **gegen Militarisierung und Kasernierung** gewendet. Und auch gegen diese unsinnigen schweren Waffen, mit denen man die Polizisten behängt, wandten sich diese Beamten. Wenn man die Waffen dazu braucht, um die hungrigen Massen niederzuschlagen, so werden wir dagegen Stellung nehmen. (Die Deutschnationalen verteidigen durch dumme Zwischenrufe die Maßnahmen des sozialdemokratischen Polizeiministers. Als einer ruft: „Die Waffen soll man wohl zur Aufbewahrung den Kommunisten übergeben?", antwortet Genosse Siewert: „Sehr richtig! Die Kommunisten werden sie zu viel wertvolleren und besseren Zwecken verwenden.) Genosse Siewert geht dann auf die schlechte Lage der unteren Polizeibeamten ein, schlechte Bezahlung, in den Kasernen für einen gemeinsamen Raum hohe Miete, keinen Gedanken an einen Achtstundentag, kein Mitbestimmungsrecht. All das findet unseren Widerstand.

Wir werden die Forderungen der Polizeibeamten vertreten.

Unsere Anträge sollen den Polizeibeamten Erleichterungen bringen. Die übrigen Maßnahmen der Regierung fordern unseren schärfsten Widerstand heraus. Die politische Polizei unter Führung von Spitzeln, die Provokateure und die übrigen „Ressorts" werden doch nur gegen die Arbeiterschaft und die Kommunistische Partei eingesetzt. Die Verhetzung der Polizeibeamten zeigt, daß überall da, wo Sozialdemokraten an der Spitze stehen, diese in der unglaublichsten Form der Bourgeoisie zeigen, daß sie sehr gut deren Interessen zu vertreten gewillt sind. Die Kommunisten aber werden an die Beamten herangehen, werden denen zeigen, wie sie mißbraucht werden, und wir sind überzeugt, daß es uns gelingen wird, auch den Polizeibeamten klar zu machen,

daß sie zur Arbeiterschaft gehören, daß sie Seite an Seite mit der Arbeiterschaft kämpfen müssen für die Beseitigung dieser Gesellschaftsordnung.

(Bravo links. Weitere Zurufe bei den Deutschnationalen.)

Der Sozialdemokrat Caston versucht, Beamtenfreundlichkeit zu zeigen, tritt aber für schwere Bewaffnung und Militarisierung ein.

Im weiteren Verlaufe der Diskussion zeigt Genosse Renner an Hand des Verhaltens des Polizeipräsidenten, welch erbärmliche Rolle diese sozialdemokratischen Staatsbeamten spielen.

Die Antwort des Ministers Max Müller war geradezu kläglich. Er brachte es fertig, den Revers, den Genosse Renner anläßlich des Verbotes der „Arbeiterstimme" unterzeichnet hat, als Beweis für die Absichten der Kommunisten anzuführen, desgleichen einen Auszug aus dem Protokoll des **Frankfurter Parteitages.** In sehr höflicher Form wandte er sich dagegen an die Deutschnationalen und bat sie, ihre Beschwerden doch bei ihm persönlich vorzubringen.

Genosse Renner erklärte vor Schluß der Debatte, daß er den Revers unterschreiben mußte, weil davon die Aufhebung des Verbotes abhing. Gleichzeitig hätten wir nicht daran gedacht,

den Großpapa der Deutschnationalen persönlich zu beleidigen.

(Zustimmendes Gelächter links.)

Im Schlußwort verteidigte der Ausschußberichterstatter Franz (Soz.) die Pläne der Regierung vollständig und zeigte damit, daß die Sozialdemokraten wirklich gute Diener des Bürgertums sind.

Die Abstimmung ergibt natürlich Ablehnung sämtlicher kommunistischer Anträge.

Die ganze Einheitsfront von Beutler bis Liebmann stimmt also gegen die Forderungen der Polizeibeamten.

Die Mehrheitsanträge werden **mit den Stimmen der linken Sozialdemokraten angenommen.** Die Plattform der „Einigung" wird sichtbar.

Der Antrag auf Amtsenthebung des Polizeipräsidenten Kühn wird von sämtlichen Gruppen des Bürgertums einschließlich der linken Sozialdemokraten abgelehnt!

Auch hier bedingungslose Unterwerfung der Linken: Die „Opposition" ist entlarvt.

Es folgt ein Antrag zur Gewährung von Darlehen an das notleidende Hausgewerbe im Gebirge. Genosse Siewert weist auf die Notwendigkeit der Hilfe für die Hausindustrie hin. Er beantragt, die doppelte Summe diesem Zwecke zuzuwenden.

Der Antrag der Kommunisten wird abgelehnt. Die Vorlage wird angenommen.

Ein Antrag der kommunistischen Fraktion, den Erwerbslosen, die beim Bau der Bobsleighbahn in Oesing beschäftigt waren, den üblichen Tariflohn zu zahlen, wird gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt.

Justiz-Skandal.

Der Berichterstatter Dr. Dehne wendet sich natürlich gegen die kommunistischen Amnestie- und Strafvollzugsanträge zum Justizetat.

Die Linken lassen durch Edel einen Antrag auf Begnadigung Zeigners und einen Erlaß einer Amnestie betreffend vertreten. Er teilte mit, daß ein Antrag Fellisch über Begnadigung Zeigners eingereicht worden sei, der erklärt, daß Zeigner bereits genügend bestraft sei und daß man ihn deshalb begnadigen könne. Dieser Antrag Fellisch wurde angenommen.

Die linkssozialdemokratische Amnestie ist mit der Begründung abgelehnt worden, daß der Reichstag bereits diese Amnestie vorbereiten wolle.

Edel ersucht, die Anträge des Ausschusses anzunehmen.

Zur Berichterstattung über die kommunistischen Anträge, die eine weitgehende Amnestie fordern, erhält Genosse Renner das Wort. Nach einer ausführlichen und treffenden Begründung, in der die Notwendigkeit der Amnestie, die eine Volksforderung ist, klargelegt wurde, fordert Genosse Renner, daß diesem weitgehenden Antrage zugestimmt werde, außerdem der Forderung einer **Landesamnestie.**

Der Deutschnationale Gündel tritt für Ablehnung der Amnestie als Berichterstatter des Ausschusses ein.

Genosse Liebersch begründet einen Antrag gegen willkürliche Verhaftungen in Grimma. Dort sind Arbeiter ohne Angabe von Gründen verhaftet worden, obgleich schwere Krankheit ärztlich festgestellt war. Der Besuch der Frau wurde verweigert, Zeitungen wurden zurückgehalten. Einem Jugendlichen, der im Gefängnis Spitzeldienste leistete, hat die Polizei 50 Mk. ausgezahlt. Ein Arbeiter wurde entlassen, ohne daß irgendeine Begründung für das Verhalten gegeben wurde. Ein anderer Arbeiter wurde nach Berlin transportiert, ohne daß man dem Rechtsanwalt irgend welche Mitteilung machte. Dem Kranken wurde bisher keine Hilfe zuteil. Die Fraktion fragt, ob dieses Vorgehen der Polizei von der Regierung gedeckt wird, ob man gewillt sei, die Gesundheitsschäden des betreffenden Arbeiters zu ersetzen.

Genosse Siewert stellt eine Anfrage, die sich ebenfalls gegen schikanöses Vorgehen der Polizei richtet, den Gefangenen schlechte Nahrungsmittel verabreichen ließ und nun den unter Vergiftungserscheinungen erkrankten Gefangenen natürlich keine Entschädigung zubilligt. Diese Fälle sind nicht etwa vereinzelt, der Abgeordnete Glombitza ist jederzeit bereit, unter Eid auszusagen, daß er seinerzeit mit verdorbenen „Lebensmitteln" im Gefängnis „beköstigt" worden ist. Die Lebensmittel waren voller Würmer. Die Fraktion fragt, ob die Regierung gewillt ist, die Opfer der Vergiftung zu entschädigen, und ob sie bereit ist, diese Vorfälle ernstlich zu prüfen.

Bünger teilt zum Fall Zeigner mit,

daß das Ministerium bereits beschlossen habe, Zeigner auf freien Fuß zu setzen.

Bünger hebt besonders hervor, daß Zeigner **in sich gegangen** sei, er habe sich völlig der Zucht und Ordnung des Gefängnisses unterworfen und habe sich **„gebessert".** Deshalb hat das Ministerium beschlossen, Ende August Zeigner zu entlassen.

Aber keine Amnestie

Während man für den „gebesserten" Schwächling Zeigner Begnadigung übrig hat, weist das Ministerium kategorisch eine Amnestie ab.

Die Klassenkämpfer werden also weiter hinter Zuchthausmauern schmachten!

Faschisten und erbärmliche Schwächlinge erhalten das Erbarmen des Ministers. In unglaublicher Form versucht der Minister, die bestraften Arbeiter als gemeine Verbrecher hinzustellen. Er verlangt Ablehnung der Amnestieanträge. Er versucht die Behauptungen in den kommunistischen Anfragen als nicht zutreffend hinzustellen. Ueber die Verhaftungen erklärt er, daß er nichts damit zu tun habe, sondern daß der Staatsgerichtshof diese Maßnahmen durchgeführt habe.

Zu den Anträgen Abtreibung betreffend muß Bünger die Bestimmungen der **Räteregierung in Rußland** als sehr gut und vernünftig anerkennen, nur sei er gegen eine ärztliche Abtreibung überhaupt, während die russische Regierung dafür ist; aber hauptsächlich sei er gegen Abtreibung durch Privatleute, und dagegen wende sich auch die Sowjetregierung. Der Herr Justizminister hat dabei natürlich nicht die Begründung der Kommunisten, daß die Lage der arbeitenden Frau Abtreibungen notwendig macht, verstanden, und versuchte so unter falschen Gesichtspunkten den Standpunkt umzudrehen.

Gündel (deutschnational) läuft Sturm gegen die Begnadigung Zeigners und bringt in seinen Ausführungen Zitate aus der von der Rechten herausgegebenen Broschüre **„Der Ausschuß Bethkes im Falle Neuss"**, die zeigt, wie weit gegenseitige persönliche Treibereien zwischen den sozialdemokratischen Bonzen gehen.

Er wendet sich gegen die Beeinflussung in schwebende Verfahren durch Ausnutzung parteigenössischer Minister.

Er nimmt natürlich die Justiz gegen den Vorwurf der „Klassenjustiz" in Schutz und erklärt, daß er sich freue, wie die Justiz arbeite und daß er hoffe, daß sie das weiter tue.

Besser kann diese Justiz nicht gekennzeichnet werden, als durch die Verteidigung des deutschnationalen Scharfmachers.

Genosse Siewert zeigt deutlich die Oberflächlichkeit der Antwort des Justizministers auf die Anfragen. Fest steht, daß in den Gefängnissen Krankheiten herrschen, die übertragen worden sind, trotzdem die Gefangenen bei der Einlieferung untersucht werden. Nach der Einführung des neuen Strafvollzuges ist **keine Abnahme der Beschwerden** festzustellen. Die Beschwerden brauchen keine besonders großen Anlässe zu haben,

mit kleinen Nadelstichen peinigt man diese Gefangenen.

Genosse Siewert führt den Fall Lanzenberger, Bautzen an, der die neue Strafvollzugsverordnung seiner Vorteile als politischen Gefangenen beraubt hat. Die Kommunisten haben aber nie behauptet, daß alle Beamten gegen die Gefangenen vorgehen. Im Gegenteil, der größte Teil der Beamten hat Verständnis für die Lage der Gefangenen, eben deshalb muß man sich gegen solche furchtbaren Auswüchse wenden.

Wir glauben, daß ein sehr wichtiger Grund der Vorgänge das Kalfaktorsystem ist, nach dem Mitgefangenen und meist Lebenszuchthäuslern die Aufsicht über die anderen Gefangenen übertragen wird. Diese benutzen ihre Macht in der unglaublichsten Weise. Dieses System muß abgeschafft werden. Genosse Siewert führt als Beispiel für raffinierte Qualmethoden den Fall eines Gefangenen in Hoheneck, der von einem fanatischen Heilsarmeewachtmeister in gemeiner Weise schikaniert wurde. Das angeführte Material bringt geradezu haarsträubende Umstände ans Tageslicht. Die Klassenjustiz besteht auf Grund historischer Notwendigkeit. Aber in Rußland herrscht eine

proletarische Klassenjustiz,

die offen als solche bezeichnet wird, während man hier heuchlerisch den kapitalistischen Klassencharakter leugnet. Aber trotzdem ist das der Fall, und die Rechtsprechung beweist das zur Genüge. Die Statistik der ungeheuer zahlreichen Begnadigungen ist nicht stichhaltig. Man hat viele Gesuche abgelehnt mit der Begründung, es seien gemeine Verbrechen,

während gerade bei Sprengstoffvergehen der politische Charakter sehr offen liegt.

Die Strafen für gewöhnliche Gehorsamsverweigerung bei Demonstrationen usw. sind gerade bei Arbeitern ungeheuer. „Justizreform" ist plötzlich verschwunden. Trotzdem muß man hier einsetzen für **Aufhebung der Ehrenstrafe,** für Ergänzung der bedingten Begnadigung durch bedingte Verurteilung. Das Leben im Gefängnis bessert nicht.

Wahl der Richter durch das Volk

müßte von einem fortschrittlichen Lande eingeführt werden.

Um aber den Armen Stützen zu geben, muß man **Unentgeltlichkeit der Rechtspflege** durchführen, ebenso eine **Entschädigung für schuldlos verhängte Untersuchungshaft.** Genosse Siewert führt das Beispiel zweier Chemnitzer Genossinnen an, die auf Spitzelmeldung hin verhaftet wurden und nach acht bis sechs Monaten aus der Untersuchungshaft entlassen wurden, weil ihre Schuldlosigkeit erwiesen war. Noch eine ganze Anzahl von Beispielen beweist die Notwendigkeit dieser Forderung. Der Strafvollzug in Sachsen steuert nicht auf das Ziel hin, Besserung und Erziehung, sondern seine Methoden widersprechen diesem Ziel. Der Vergleich mit dem Gefängniswesen in Rußland zeigt den großen Unterschied der Methoden. **Das Justizkapitel lehnen wir natürlich aus den genannten Gründen ab.** Der Justizminister kann auf Grund seiner Einstellung gar nicht anders handeln. Die Arbeiterschaft ist der Meinung, daß die

Justizminister Bünger der Vollstrecker der brutalsten Klassenjustiz

ist, vielleicht wird dem Herrn Minister einmal von seinen Opfern in einer anderen Situation das entgegengerufen werden.

Wir werden unsere Kraft dafür einsetzen, um auch hier andere Verhältnisse im Sinne der Ziele der Arbeiterklasse zu schaffen.

(Lebhaftes Bravo links.)

Bei Schluß des Berichts dauert die Sitzung fort.

Freital

Eine lächerliche Unzulänglichkeit

Bürgermeister Klimpel (Soz.) gegen die hungernden Arbeiterkinder

Wie der Haß gegen die Kommunisten bei den Sozialdemokraten vom Schlage des Klimpel, Wenk, Wätzig und Konsorten jedwedes proletarischer Empfinden und soziales Verständnis abgetötet hat, zeigt ein Vorfall aus der letzten Stadtverordneten-Sitzung in Freital.

Die Freitaler Ortsgruppe der IAH., die anläßlich der Bergarbeitersaussperrung, des Holzarbeiterkampfes und bei anderen Gelegenheiten die Kinder der kämpfenden Arbeiter fortbrachte und damit die kämpfenden Arbeiter unterstützte, hat zur Zeit ca. 60 Kinder der oberschlesischen streikenden Metallarbeiter hier in Freital untergebracht und fördert damit auch das Solidaritätsgefühl der Arbeiter. Es kann dabei mit besonderer Freude festgestellt werden, daß selbst ein großer Teil eingeschriebene Mitglieder der SPD. und auch Funktionäre sich bereit erklärt haben, diese Kinder aufzunehmen. Die Mehrzahl der Pflegeeltern dieser ausgehungerten Kinder oberschlesischer Arbeiter sind wie eben gesagt, Sozialdemokraten, die praktisch beweisen, daß sie mehr proletarisches Solidaritätsgefühl als die „lächerliche Unzulänglichkeit", der sozialdemokratische Bürgermeister Klimpel. Die kleinen Gemeinden in der Lausitz, in denen im Vorjahre ein großer Teil Freitaler Kinder von kämpfenden Metall- und Holzarbeitern untergebracht waren, haben es sich nicht nehmen lassen, und haben meistens durch einmütig selbst mit den Stimmen der bürgerlichen Vertreter gefaßten Beschlüsse für die damals dort untergebrachten Kinder einen Beitrag, entweder in Geld oder in Naturalien geliefert. Es ist zweifellos ein Opfer, das von den Freitaler Arbeitern gebracht wird, wenn sie sich bereit erklärt haben, noch ein Kind auf sechs Wochen lang in Verpflegung zu nehmen. Um diesen armen Kindern, die in den allermeisten Fällen sehr armselig bekleidet sind, auch einige Kleidungsstücke und Schuhwerk zu geben, veranstaltete die IAH. eine Sammlung unter den Freitaler Arbeitern. Die Ortsgruppe der IAH. richtete aber gleichzeitig an das Stadtverordneten-Kollegium einen Antrag, für diese Kinder der IAH. einen Betrag von 300 Mark als Hilfe für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen.

Die Sozialdemokraten, rechte wie „linke", die in Freital für jeden bürgerlichen Zweck Geld bewilligen und **mit deren Zustimmung,** abgesehen von wenigen Ausnahmen, **beschlossen worden ist,**

Schulkinder zur Arbeit auf dem städtischen Rittergut heranzuziehen und zu beschäftigen,

lehnten es natürlich ab, der IAH. diese klägliche geringe Summe zu bewilligen. Derselbe Bürgermeister Klimpel, der noch die Frechheit besitzt, sich Sozialdemokrat zu nennen, und der im Rat dafür eintrat, das man

die Schulkinder für drei Stunden am Tage mit einem Stundenlohn von 13 Pfennigen beschäftigte,

erklärte frech, der IAH. bewilligen wir kein Geld!

Damit zeigte dieser Mensch, wieviel er noch mit der Arbeiterschaft zu tun hat. Vollständig im Lager des Bürgertums stehend, scheut sich dieser „Sozialdemokrat" nicht, durch diese Erklärung der IAH. zur Unterstützung der hungernden Kinder diese lächerlich geringe Summe vorzuenthalten.

Die Sozialdemokraten versuchen zunächst die Angelegenheit in den Wohlfahrtsausschuß zu verschleppen. Gen. Körner sagte diesen feigen Burschen, was zu sagen war.

Darauf wurde beschlossen, prinzipiell 300 Mark zu bewilligen, und die Verteilung dieser Summe durch die Wohlfahrtspflege vornehmen zu lassen.

Wie nun der Dezernent für das Wohlfahrtswesen, Klimpel, diesen Beschluß ausführt, das werden wir bei anderer Gelegenheit zeigen, und damit den Freitaler Arbeitern vor Augen führen, daß dieser „Sozialdemokrat" das ist, als was wir ihn schon immer bezeichnet haben, ein Reaktionär vom reinsten Wasser.

Ein Gegenstück der Freitaler SPD.

Im Gemeindeparlament Gersdorf spielte sich eine lebhafte Debatte ab wegen der Kinder aus Schlesien, die hier durch die IAH. untergebracht sind. Die Ortsgruppe beantragte aus Gemeindemitteln 100 Mark für Einkleiden der Kinder. Nach längerer Aussprache beantragten die Sozialdemokraten 200 Mk. für das Einkleiden der Kinder aus Gemeindemitteln zur Verfügung zu stellen. Dieser Antrag wurde einstimmig angenom-